

Sauerländisches Volksblatt

Ältester Einzelger für das Sauerland

Das „S. V.“ erscheint jeden Freitag früh. Der monatliche Bezugspreis beträgt 1,50 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Einnahmen durch höhere Gewalt und Ausland rechtsfertigen keine Erklärungen. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 18 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postfach-Konto Köln Nr. 10 158.



Seit 1840.

Ämliches Kreisblatt des Kreises Olpe

Anzeigenspreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkre 8 Goldpf., 1. Auswärtige 10 Goldpf., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengeld 25 Goldpf., umzurechnen nach dem in Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gemählter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 132

Olpe, Donnerstag, den 5. Juni 1924

84. Jahrg.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages bei der Arbeit

Die Zentrumsfraktion des Reichstages ist am Montag, 19. Mai, zum ersten Male zusammengetreten. Seit diesem Tage sind die Abgeordneten, soweit ihnen das eben möglich war, ununterbrochen in Berlin zusammengewesen. Es ist klar, daß die Zentrumsfraktion, die bisher den Reichstagspräsidenten an der Spitze der Regierungsbildung an erster Stelle interessiert war. Sie wurde von den mit der Führung der Verhandlungen mit den anderen Parteien betrauten Mitgliedern der Fraktion in jeder Phase der Entwicklung unterrichtet und zur Beratung der jeweiligen Lage herangezogen. Nichtsdestowenig ist die Zentrumsfraktion, die bewährte Politik der Mitte, die unserem Vaterlande allein von Nutzen sein kann, unter allen Umständen beizubehalten und sie zur Grundlage der Politik der neuen Reichsregierung zu machen.

Obwohl die Zentrumsfraktion demnach durch die Frage der Regierungsbildung stark in Anspruch genommen war, mußte sie die freie Zeit in weitgehendem Maße zur Stellungnahme zu den dringenden wirtschaftlichen und kulturellen Fragen aus. Schon am 20. Mai trugen die Abgeordneten des Zentrums, von Gueard und Lange-Hegermann dem Reichstagspräsidenten Dr. Schmidt die besonderen Kreditverhältnisse der Mittel- und Kleinbetriebe im besetzten Gebiet vor. Hierbei kam die Frage, was die Reichsbank im allgemeinen zur Förderung des öffentlichen Kreditwesens in Handwerk, Kleinindustrie und Einzelhandel tun kann, ausgiebig zur Erörterung. Bei der derzeitigen großen Kapitalnot kann diese Frage zwar nicht heute auf morgen gelöst werden, aber die eingeleiteten Verhandlungen wurden mit der Aussicht auf Erfolg weitergeführt.

In einem ad hoc aus der Fraktion gemäßigten vorläufigen Wirtschaftsausschuß wurde ein Antrag vorbereitet, unterzeichnet von den Abgeordneten Herold, Esser (Köln), Schulte (Breslau), Dr. Jäger, Dr. Crome-Münzberg, Dr. Bräuning, Cammer und der gesamten Fraktion, in dem Wahnsinn zur Sicherung der Rentabilität der Landwirtschaft mit dem Ziele einer weiteren Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der Behebung der drohenden Kreditnot gefordert wurden. Da über die Verteilung der in der Landwirtschaft gegebenen Kredite berechtigte Beschwerden erhoben worden waren, verlangt der Antrag Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit in der Verteilung der weiteren auf die Landwirtschaft entfallenden Kredite.

Weitere Anträge aus der Zentrumsfraktion betreffen kulturelle Fragen, zu deren Behandlung ein besonderer Ausschuss gebildet wurde, bestehend aus den Abgeordneten Frau Dr. Dreyer, Hermann (Ludwigshafen), Joss, Dr. Kaas, Rheinländer, Dr. Schreiber, Schwarz (Frankfurt), Wiska und Wegmann. Zu dem einen dieser Anträge wird die Reichsregierung ersucht, den deutschen Studenten nicht nur zum Besuch ausländischer Hochschulen, sondern auch für Studienreisen weitestgehende Befreiung von der Ausreisegeld zu gewähren. Der zweite Antrag wurde durch die Unterchrift Jägerbachs und der Fraktion ausdrücklich als Anregung der Gesamtfraktion gekennzeichnet, fordert baldige Vorlegung des Reichshaushaltsgesetzes, eines Gesetzes über die Erteilung des Religionsunterrichts und von Grundrissen für die Regelung des Privatkreditwesens.

Am besten Gebiet wird ein von der Zentrumsfraktion unter Führung von Abgeordneten aus der West- und Ostpreußen gestellter Antrag vorzulegen, der die unzureichende Einsetzung eines Sonderausschusses verlangt, welcher die Aufgabe hat, die Fürsorge für die aus dem alt- und neubefreiten und abgetretenen Gebieten Ausgewiesenen und Gefangenen, insbesondere die volle Wahrung der wohlerworbenen Rechte der betroffenen Beamten zu überwachen. Hoffentlich findet dieser Antrag baldige Annahme im Reichstag, damit eine Stelle geschaffen wird, an die sich die Ausgewiesenen mit ihren vielfachen Beschwerden wenden können. Es wird dadurch ein Ventil für den angesammelten Unmut über mangelhafte Betreuung oder schlechte Behandlung der Ausgewiesenen, der sich nachgerade zu einer politischen Gefahr auszuweiten, geschaffen werden.

Wegen der Lebensbedürftigkeit des deutschen Weinbaues auf der letzten bedrückenden Notlage der Winter, richteten die Hauptvertreter der Weinbauern die Abgeordneten Dr. Kaas, von Gueard und Hofmann (Ludwigshafen), unterstützt von der gesamten Fraktion eine Interpellation an die Reichsregierung, deren baldige Erledigung im Interesse des Hauses mit allem Nachdruck betrieben wird. Ein weiterer Antrag der Fraktion richtet sich gegen die den deutschen Weinbau schwer schädigende Praxis des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr hinsichtlich der Zollbehandlung der in- und ausländischen Weine.

Die Erfahrungen aus dem Wahlkampf haben die Fraktion ferner veranlaßt, zwei weitere Ausschüsse einzusetzen, von denen der eine die Wohnungspolitik, der andere die Aufwertungsforderung einer eingehenden Untersuchung unterliegen soll. Hoffentlich führen die Arbeiten dieser Ausschüsse recht bald zu einem Ergebnis, das der Beurteilung dieser Fragen in weitesten Kreisen der Partei Rechnung trägt.

Die Regierungserklärung des Reichskabinetts.

Klare Stellung zum Sachverständigengutachten

Die Kanzlerrede.

Kanzler Dr. Marx ist gestern vor dem Reichstag mit dem neubefähigten alten Kabinett getreten und hat in klarer Weise sein politisches Programm entwickelt. Im Mittelpunkt desselben standen seine Ausführungen über das Sachverständigengutachten, die absolut keine Heberfälschung boten. Sie bestätigten die konsequente Anheftung der von Anfang an von ihm beschrittenen Linie. Deutlich legte er, wie es seiner sachlich nüchternen Art entspricht, irgend einem rosenroten Optimismus huldigte. Er betonte, daß das Wichtigste heute die Lösung der außenpolitischen Fragen sei, in deren Mittelpunkt das Sachverständigengutachten steht, von dem die weitere Entwicklung und die Zukunft Deutschlands wie Europas abhängt. Da die Entscheidung hierüber zugleich über Sein und Nichtsein entscheidet, müssen innerpolitische Fragen zurücktreten, ein Gedanke, den man nicht scharf genug unterstreichen kann, zumal bei dem fruchtlosen Streiten und Zerren von fast 4 Wochen, besonders auch von den Deutschnationalen innerpolitische Fragen in den Vordergrund gestellt wurden. Geschlossene Einigkeit ist uns nötiger denn je und die sollten wir doch bei diesen großen außenpolitischen Fragen lernen. Dr. Marx hat den Weg zur Einigkeit gemahnt. Kein Charles Wort mehr nach rechts noch links, obwohl die Verführung dazu nach diesen langen Verhandlungen wohl sehr nahe lag, ist gefallen. Sachlich und klar war seine Rede, in jeder Beziehung einseitig. Er gab eine knappe Geschichte des Sachverständigengutachtens, er unterstrich, daß der Alliierten gegebenes Ja in klarer Weise. Das wird auch in den alliierten Ländern wirken. Aber er verwarf die Deutschnationalen nicht, wie es die Deutschnationalen Presse ihm seit April in immer neuen Variationen vornahm, sondern er warnte, um den mal üblich gewordenen Ausdruck zu gebrauchen, die deutschen Ehrenpunkte ganz energisch und ebenso zehnte er sein Programm für die weiteren Verhandlungen klar.

Klar und eindeutig hat Marx gesprochen. Die ganze Welt weiß, was sie an ihm hat. Da gibt es kein Drehen und Wenden. Wir sind gewiß, das Ausland wird seine Worte nicht eindrucklos verhallen lassen, wenn nicht der deutsche Reichstag selbst den Eindruck dieser wirklich großen Rede des Kanzlers durch die leider sehr stark eingetragenen Redaktionen oder Opposition um jeden Preis schmälert.

Daß Dr. Marx einen schweren Kampf um sein Programm haben wird, wissen wir. Das Jochen der Rechten und der Linken hat es bewiesen. Aber Dr. Marx, der mit ruhiger, aber doch sehr entschlossener Hand das Staatsruder führt, wird unbeirrt weiter den einmal als richtig erkannten Weg gehen. Er wird aber auch die besonnenen Teile unseres Volkes geschlossen hinter sich haben. Möge ihm zum Heile unseres Vaterlandes und Volkes voller Erfolg beschieden sein!

Die Reichstagsführung.

233. Berlin, 4. Juni. (Drabik.) Um 5.20 Uhr erscheint Reichstagskanzler Dr. Marx im Saal, mit ihm Reichsaussenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Jares, Postminister Dr. Joffe, Arbeitsminister Dr. Brauns, Verkehrsminister Dr. Reichswehrminister Dr. Gessler, Wirtschaftsminister Hamm und Ernährungsminister Graf Kottwitz.

Präsident Wallat eröffnet die Sitzung um 5.20 Uhr und gibt Kenntnis von einem Denkschriftentwurf der österreichischen Regierung für die Beileidigung der deutschen Regierung. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Das Wort erhält sofort

Reichsminister Dr. Marx.

Der Kanzler wird, als er zum Rednerpult schreitet, von den Kommunisten mit wilden Rufen empfangen. Sie schreien ihm vor: Annahme der politischen Gefangenen. Bald aber legt sich der Sturm und der Kanzler ergreift das Wort.

Die Regierungserklärung.

Ich habe die Ehre dem neugewählten Reichstag die Regierungserklärung vorzulegen. Der Herr Reichspräsident hat alle Mitglieder der bisherigen Regierung in ihren Ämtern bestätigt. Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung hatten ihren tiefsten Grund in der ersten und bedrückenden außenpolitischen Lage des Reiches. Nach dem vergeblichen Bemühen Deutschlands, zu einem wahren Frieden zu gelangen, ist der Meinungsstreit über den einseitigen Weg Weg bestiger ausgegangen worden, als es die Einmütigkeit über das Ziel: die Befreiung Deutschlands rechtfertigt. Seit Jahren steht die deutsche Politik unter dem Band der außenpolitischen Verhältnisse, zumal je, da das Gutachten der Sachverständigen die beherrschende Frage der internationalen Politik ist. Für Deutschland ist es die Lebens-

frage. Die Lage unserer Wirtschaft ist trostlos, wenn nicht gar verzweifelt. In allerletzter Zeit muß eine Entspannung der Geldknappheit erfolgen, wenn nicht unsere ganze Wirtschaft zum Erliegen kommen soll.

Ein Ausweg

aus der Wirtschaftskrise sah die Reichsregierung im Gutachten namhafter ausländischer Sachverständiger. Sie hat deshalb am 17. 4. an die Reparationskommission geantwortet, daß sie in dem Gutachten eine praktische Grundlage für eine schnelle Lösung des Reparationsproblems erblickt und daß sie deshalb bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zu sichern. Aufgabe der Reichsregierung ist es, die Organisation der Reparationsbildung nicht verzögerten Organisationsmaßnahmen wird es sein, die im Gutachten noch vorhandenen Lücken auszufüllen und die Unklarheiten, sowie feststehenden Widersprüche aufzuklären. Die Befugnisse der Kommission müssen vollkommen klargestellt und abgegrenzt werden und die Zweifel hinsichtlich der deutschen Eisenbahnen beseitigt werden. Danach wird die Reichsregierung die Gegenstände über diese Materie den gleichgebenden Körperschaften vorlegen. Ferner müßte die Frage der Zölle und der Verbrauchsteuern mit der Gegenleistung erörtert werden und die Tätigkeit des Agenten für die Reparationszahlungen noch in den Einzelfragen geregelt werden. Das Gutachten kann nach der Ansicht der Sachverständigen nur als Ganzes angenommen werden oder verworfen werden.

Die Reichsregierung wird die Vorarbeiten beschleunigen und das Gutachten in die Wirklichkeit umsetzen. Sie hofft dabei auf die schnelle Mitarbeit der Reichstages. Die von uns jetzt zu erlassenden Gegenstände und Verordnungen werden erst in Kraft treten, wenn klar und eindeutig feststeht, daß auch die Gegenstände des Gutachten als Ganzes unverändert annehmen und wenn Gewißheit dafür gegeben ist, daß die Gegenstände gleichzeitig die Maßnahmen treffen wird, die in dem Gutachten als notwendig bezeichnet sind. Die erhabenen Opfer für das deutsche Volk sind nur tragbar, wenn dem Deutschen die Möglichkeit gegeben wird, in ihrer Heimat sich ungehinderter Arbeit hinzugeben, den vielen Tausend Vertriebenen und ihrer Heimat Verräubern die Freiheit und die Heimat wiederzugeben ist, ein unerlässliches Ziel, von dem Reichsregierung nicht abgehen kann. Wenn so das Gutachten im Geiste der Verhandlung auch von allen beteiligten Regierungen angenommen und durchgeführt wird, werden wir wieder auf eine vertragliche Grundlage mit unseren Reparationsgläubigern kommen, denn es ist unerlässlich, daß die vollständige Vertragsbasis überaus wiederhergestellt wird, sowohl bezüglich des auf Grund des Versailles Vertrages bestehenden linksrheinischen Gebietes, als auch bezüglich der über diesen Vertrag hinaus bestehenden Gebiete.

Im allseitigen Gebiet

muß das Rheinland kommen wiederhergestellt und lokal durchgeführt werden und die darüber hinaus bestehenden Gebiete müssen geräumt werden.

Die Sachverständigen haben selbst klar darauf hingewiesen, daß die über ihre Zuständigkeit hinausgehenden politischen Fragen zwischen der Reichsregierung und den alliierten Regierungen unmittelbar geregelt werden müssen.

Der Brief für die Einheit des Reiches, für die deutsche Wirtschaftsfähigkeit bedeutsame Frage der Außenpolitik müssen

alle innerpolitischen Fragen zurücktreten. Deshalb müssen wir auch mit der Erörterung der innerpolitischen Frage solange warten, bis eine Klärung unserer außenpolitischen Schwierigkeiten eingetreten ist. Nur dann können wir wieder die Aufgaben im Innern auf staatlichem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet in Angriff nehmen.

Die Reichsregierung wird ihre ganze Kraft an die Arbeiten legen, die zur schnellen Durchführung des Sachverständigengutachtens erforderlich sind und dies ist die Hauptaufgabe der Reichsregierung. Das Gutachten ist ein Dokument, das die deutsche Wirtschaft befähigt, beizubehalten, in der sich die Deutschen Reichsland und das ganze deutsche Volk, die Ausländer unserer Behandlung nicht durch Uneinigkeit zu zerstreuen. Wenn wir ein zweites Mal so leicht an den Abgrund kommen, wie im November vorigen Jahres, dann wird niemand mehr Hilfe bringen können.

In den kommenden Wochen handelt es sich darum, den wirtschaftlichen Gesamtplan durchzuführen und damit ganz Europa zu retten. Wir würden die schwere geschäftliche Schuld auf uns laden, den deutschen Untergrund zu verfallen zu haben, wenn wir jetzt nicht nation le Disziplin zu wahren

Einladung zur 63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

am 31. August, 1. und 2. September 1924 in Hannover.

Vor Jahresfrist richtete Köln, des Rheinlandes ehrwürdige Metropole, an die Glaubensbrüder aller deutschen Gauen eine herzliche Einladung zur 63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Die geplante und glänzend vorbereitete Tagung wurde durch Eingreifen der Rheinlandmission verhindert.

An diesem Jahre darf eine Diasporastadt im Herzen von Niederachsen die Glaubensbrüder zum Zusammenrufen zur 63. Generalversammlung. Die Katholiken Hannovers sind sich der Größe und Schwere ihrer Aufgabe wohl bewußt. Mit heiligem Mut und stiller Opferfreude werden sie in unerschütterlichem Vertrauen auf Gottes Hilfe die Tagung vorbereiten.

„Hört die Kirche!“ — das soll in Hannover Botschaft und Gebetsruf werden. Möge der Ruf der Katholiken aus allen Teilen unseres geliebten Vaterlandes in großer Zahl in die Stadt Windthorst führen!

In den Tagen vom 31. August zum 2. September werden alle, die da kommen, erfahren, daß die katholische Gastfreundschaft dem deutschen Bruder und der deutschen Schwester gerne gibt, was sie nur geben kann.

Das Zentralkomitee für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

Alfons Jüdt zu Löwenstein, 1. Vorsitzender.

Das Lokalkomitee der 63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

Defonimierat Steiger, 1. Vorsitzender.

Wir wissen, das Ausland muß sehen, daß das deutsche Volk gewillt ist, den sich bietenden Weg in die Höhe zu gehen. Das Ausland muß aber auch den Beweis bringen, daß es zu ehrlicher Verständigung bereit ist. Das deutsche Volk wird den durch zahlreiche Enttäuschungen und Demütigungen erschweren Weg gehen, um den wahren und dauernden Frieden zu stiften.

Es geht um Deutschland, es geht um deutsches Land, es geht um Deutschlands Rettung in letzter höchster Not.

Das Rheinland und unsere bedrängten Brüder an der Ruhr leben erwartungsvoll auf Sie und verlangen von Ihnen, daß Sie ihnen Rettung und Hilfe bringen.

Die Rede des Reichstagskanzlers wurde vom Hause im wesentlichen ruhig entgegengenommen. Die Kommunisten machten nur hin und wieder Störungen, doch konnten sie sich nicht durchsetzen. Als der Reichstagskanzler von der Notwendigkeit der Räumung der über den Versailles Vertrag hinaus bestehenden Gebiete sprach, erlitten bei den Mittelparlamenten lebhafter Beifall. Der Appell an das deutsche Volk löste gleichfalls die Zustimmung bei den Mittelparlamenten aus. Am Schluß der Rede erklärte aus der Mitte Deffall, rechts sitzend, die äußerste Linke forderte aufs Neue „Annahme!“

Die Arbeiten des Reichstages

werden voraussichtlich nur durch eine ziemlich kurze Sitzungspause unterbrochen werden. Die Reichsregierung will unter allen Umständen noch vor den großen Sommerferien, die aber in diesem Jahre nur, wie in allen vorangegangenen beschränkt sein können, die aus der Annahme des Sachverständigengutachtens sich ergebenden gesetzlichen Maßnahmen dem Reichstag in Vorlage bringen.

Die Ausschüsse des Reichstages.

1) Berlin, 4. Juni. Als stärkste Fraktion stellen die Deutschnationalen den künftigen Vorsitzenden des Hauptausschusses des Reichstages, im Auswärtigen Ausschuss wird voraussichtlich ein Sozialdemokrat den Vorsitz übernehmen. Für die Demokraten kommt der Volkswirtschaftliche Ausschuss in Frage. Ueber die übrigen Ausschüsse verlautet vorläufig noch nichts.

Der Brief an den Unausfindbaren.

233. Berlin, 4. Juni. (Drabik.) Dem kommunistischen Abgeordneten Tammelo, der gestern für mehrere Tage ausgeschlossen ist, hat der Reichspräsident am 3. Juni das Betreten des Reichstagsgebäudes schriftlich untersagt. Da ihm der Brief nicht zugestellt werden konnte, weil er nicht auffindbar war, wird am Portale des Reichstages eine Adressliste bereit gehalten, die ihm sofort überreicht wird, falls er das Haus betreten sollte. Er soll am Portale des Reichstages verbleiben, werden in derselben Weise, wie im vorigen Reichstage der Präsident über ihn verfuhr, als er damals gleichfalls denselben Abgeordneten am 20. August ausschließen mußte. Damals kam allerdings das Verfahren nicht voll zur Wirkung wegen der Vertagung und dann infolge der Auflösung. Ob der Abgeordnete Tammelo jetzt etwa über Nacht im Reichstagsgebäude geblieben ist, hat nicht festgestellt werden können.

Die kommunistische Nordzentrale.

Mitteilungen des Oberreichsanwalts über kommunistische Organisationen für Nord, Staatsumsturz und Aufruf.

Dem ausführlichen Bericht über die Dienstleistung des Reichstages, über die wir bereits gestern berichteten entnehmen wir Einzelheiten der Rede des Abg. Corbe (Soziald.), der als Referent von den Ausführungen des Oberreichsanwalts in der Geschäftsordnungskommission des Reichstages 9 Punkte mitteilte.

1. Das Proletariat in Sachsen sollte bewaffnet werden, um einen Kampf zu führen gegen das konterrevolutionäre Bayern und den nördlichen Faschismus. Dann sollten im ganzen Reich die Massen mobilisiert werden. Der Eintritt in die sächsische Regierung sei kein parlamentarischer Manöver gewesen, sondern der Versuch, Waffen in die Hand zu bekommen. Kemele und Ruch Jäger hatten erklärt, der bewaffnete Aufruf dürfe nicht von der Tagesordnung verschwinden. Die kommunistische Partei sei also die

Partei des Aufstandes. Der Punkt 2 behandelt die Aufstellung bewaffneter proletarischer Hundertschaften. Das Vorbild hierfür sei die alte Armee. Der Punkt 3 bezieht sich auf die Einrichtung zahlreicher größerer Waffenlager an verschiedenen Orten. In Berlin seien beispielsweise 44 Plätze zur Unterbringung von Waffen angegeben worden. In Punkt 4 wird von der Beschaffung einer kommunistischen Infanterie zur Vorbereitung des Aufstandes berichtet. Dabei sind auch eingehende Anweisungen gegeben worden über die Taktik, die man bei Zusammenstößen mit der Polizei einhalten soll. Der Punkt 5 betrifft die großen Sprengstoffpläne, die durch Kommunisten in allen Gegenden des Deutschen Reiches ausgeführt worden seien. An 6. Stelle teilte der Oberreichsanwalt mit, daß jeitens der Zentrale der kommunistischen Partei die Zerlegung der Reichswehr und der Polizei den Angehörigen der KPD zur Pflicht gemacht worden sei. Ferner hat der Oberreichsanwalt festgestellt, daß von der Zentrale der Partei für den Fall eines Kampfes Vorkehrungen zur Regelung des Verkehrs und des Ernährungswesens getroffen seien.

Weiter sei festgestellt worden, daß Kommunisten, die bereits in der Roten Armee beteiligt waren und in München ihre Strafe vollständig abgüßten, nach der Entlassung noch weiter tätig gewesen sind. Als Kampfgelände wurde Weidensfeld bestimmt. Es sind Anweisungen befolgt worden, nach denen die Bildung von sogenannten Eingliederungskolonnen, die Eisenbahnen sprengen sollten (Radon und Arm bei den Kommunisten). Ende 1923 ist seitens der kommunistischen Partei eine besondere Gruppe zur Entlohnung der Schupo gebildet worden. Verhaftete gefunden zu, daß sie von einer höheren Stelle der KPD angehalten worden sind, Waffen der Polizei zu entnehmen und diese der KPD zu übergeben. In München und Bayern, so führt der Oberreichsanwalt aus, sei eine Abteilung gebildet worden, um im Falle des Ausbruchs der großen Aktion ein Chaos herbeizuführen, und zwar mit allen Mitteln, mit Mord, mit Brand, mit Zuhilfenahme von Sprengstoffen. (Radon bei den Kommunisten). In einer beschlagnahmten Anweisung ist gesagt, Attentate auf führende Sozialisten seien durchaus geboten. In Berlin sind Mitglieder einer Tischegruppe verhaftet worden. Diese Tische hatten genaue Anweisungen erhalten, die teilweise aus ausgeführt werden sind (Hört, hört). Die Ermordung des Generals v. Seck war vorbereitet, unterließ aber, weil der Verrat des Planes befürchtet wurde. Zweitens sollte der Angewandte Rauch wegen Verrats des Potsdamer Attentatsplanes ermordet werden. Er ist am 7. Januar ermordet worden. Weiter war auch der Mordplan gegen den württembergischen Minister Boly vorbereitet, ist aber durch die Verhaftung der Tischegruppe vereitelt worden. (Hört, hört). Die Tische verfügte über Waffen, Dummgeschosse, Chelera- und Inphusgaszylinder.

Die verhafteten Abgeordneten Pfeiser, Schlicht und Lindau gehören der Zentrale an und sie mußten nach Meinung des Oberreichsanwalts von diesen Wachen wachen.

Die Zentrale der K. P. D. habe seit dem Herbst 1923 nachgefehlenermaßen planmäßig den bewaffneten Widerstand vorbereitet. In großen Mengen seien Waffen beschafft worden. In Berlin habe man bei einem Kommunisten allein 1100 Pistolen und 8 Kisten Munition beschlagnahmt. (Hört, hört! recht.) In Württemberg wurden von den kommunistischen Handgranaten fabrikmäßig hergestellt. (Welcher bei den Kommunisten). Bei einem Kommunisten wurden über 10.000 Handgranaten beschlagnahmt. Ein Mitglied der KPD trug die Bezeichnung (Wambo) (Waffen- und Munitionsbeschaffungs-Organisator).

Eine Tische in Oberfranken. RTB Berlin, 4. Juni. Nähermeldungen aus Breslau zufolge wurde dort ein von auswärtig kommener Mann, Leiter der kommunistischen Partei Deutschlands für Oberfranken, verhaftet. Der einen bewaffneten Aufruf vorbereiten sollte. In seinem Geheimbüro wurde umfangreiches Material beschlagnahmt. Der festgenommene lebte unter falschem Namen und mit falschen Papieren als Hausbesitzer. Es wurde festgestellt, daß er wegen Hochverrat vom Oberreichsanwalt Redefreiheit gesucht wurde. Ein zweiter kommunistischer Führer, der sich ebenfalls längere Zeit hier verborgen hatte, wurde bei seiner Festnahme zu entfliehen. Sein Fuchstier wurde jedoch verhaftet.

Berlin, 4. Juni. Nähermeldungen zufolge ist in Breslau von der Polizei das Befehlen einer kommunistischen Tische aufgedeckt worden. Es gelang, den Hauptführer der Tische, der gleichzeitig militärischer Leiter in Sachsen ist, zu verhaften. Es ist ein 35 Jahre alter Händler, der in der deutschen Armee Offiziersstellvertreter war.

Die Kommunisten als Schächer von Mordern.

Aus Anlaß des Revolverattentats auf den österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel midme die Reichstagspräsident Wallraf zu Beginn der

Montagsitzung dem befreundeten österreichischen Vize Warte herzlicher Anteilnahme, denen das Haus zustimmte; als der Präsident aus dieser Zustimmung den Schluß folgte, daß die österreichische Regierung auch anlässlich des Besuchs des Reichstages auszusprechen berechtigt sei, da haben die Parteien ebenfalls ihre Zustimmung zu erkennen mit Ausnahme der Kommunisten, die ein wüßtes Nein dem Präsidenten entgegengeleitet. Der Erfolg war freilich, daß die übrigen Parteien nur noch um so lauter ihre Befürchtung zum Ausdruck brachten. Im Hause aber richtete sich die allgemeine Empörung gegen dieses unglaubliche Vorgehen der Kommunisten.

Die Reichstagsausschüsse.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Die Besprechungen der Parteien bez. der Befragung der Ausschüsse hatte das Ergebnis, daß die zu bildenden Ausschüsse des Reichstages auf Grund der bisher üblichen Schlüssel, der zur Grundlage die Größe der Parteien nimmt, besetzt werden. Dabei war naturgemäß die Frage zu hören, wie die Kommunisten sich zur Geschäftsordnung stellen. Man wollte eine bestimmte Erklärung, ob sie die Geschäftsordnung anerkennen. Ihr Vertreter in der Kommission erklärte, daß sie „selbstverständlich“ die Geschäftsordnung und auch die auf ihrer Grundlage aufgebauten Ausschüsse anerkennen, voraus ihnen entgegengehalten wurde, daß sie im Reichstag ganz gegenteilige Erklärungen abgegeben hätten. Jedemfalls haben sich die Parteien noch vorbehalten, wie sie sich zur Befragung der Ausschüsse auch mit Kommunisten verhalten.

Bei der Verteilung der Vorliegenden der Ausschüsse sind entfallen auf die Deutschnationalen die Vorliegenden des Haushalts, des Wirtschaftsausschusses und des Bildungsausschusses, auf Zentrum die Vorliegenden des Sozialen und des Verfassungsausschusses. (Dieser letztere wird demnach eine ganz besondere Bedeutung gewinnen, weil in ihm die sehr wichtigen mit der Lösung der Reparationsfrage zusammenhängenden Eisenbahnfragen zu behandeln sind.) Die Sozialdemokraten erhielten den Vorhang im auswärtigen Ausschuss, im Steuer- und im Ueberwachungsausschuss. Den Kommunisten fiel der Vorhang im Rechtsausschuss — ein merkwürdiges Spiel des Zufalles! — und im Beamtenausschuss zu. Die Deutsche Volkspartei stellt den Vorhang des Geschäftsausschusses, und eines weiteren Ausschusses, der noch nicht endgültig bestimmt ist. Die Nationalsozialisten werden den Vorhang im Bevölkerungsausschuss, die Demokraten im Ausschuss für Wohnungswesen stellen. Der Banerischen Volkspartei fällt der Vorhang in dem recht wichtigen Ausschuss für Petitionen zu. Der Vorhang im Ausschuss für die Rechnungen ist noch nicht endgültig bestimmt.

Aus der Zentrumsfraktion des Reichstages.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat die Wahlen des Vorstandes bisher noch nicht vorgenommen. Man will abwarten, bis sich die politischen Verhältnisse geklärt haben. Der neue Vorstand wird sich aus 3 Vorliegenden und 12 Mitgliedern zusammensetzen. Eine sechsstellrige Kommission ist zur Vorbereitung der Vorstandswahlen nunmehr in der Fraktion gebildet worden.

Die Vertretung des Zentrums im Reichspräsidentium.

Die Ausübung der bei der Schriftführerwahl abgegebenen Stimmen hat für die beiden vom Zentrum in das Präsidium präsentierten Abgeordneten Schwarz-Hessen und Frau Teusch die meisten Stimmen ergeben. Der Abgeordnete Schwarz erhielt 325, Frau Teusch 320 Stimmen. Erst dann folgten in langen Abständen die Stimmgeber für die, von den übrigen Parteien als Schriftführer präsentierten Kandidaten.

Die Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Die Erklärung der Deutschen Volkspartei, worin sie ihre Bereitwilligkeit zur Unterfertigung des Kabinetts Marz in seiner bisherigen Zusammensetzung ausdrückt, hat folgenden Wortlaut:

Nachdem die heißen Bemühungen der Deutschen Volkspartei um die Bildung einer starken außen- und innenpolitischen notwendigen Koalitionsregierung von den Deutschnationalen bis zur Deutschnationalen Partei durch den Fraktionsbeschluss der Deutschnationalen Partei vom 30. Mai gescheitert waren, hat sich die Möglichkeit zu neuen Verhandlungen, weil maßgebenden Persönlichkeiten der deutschnationalen Fraktion abgewandene Auslegungen jenes Beschlusses gaben und erklären ließen, daß Mißverständnisse unterlaufen waren und die Türe zu Verhandlungen von ihnen nicht zugedungen wäre.

An den hiernach vom Reichskanzler Marz von neuem eingeleiteten Verhandlungen konnte mit den deutschnationalen Verhandlungsführern über die Regierungserklärung zu dem internationalen Sachverständigenrat eine Einigung in den wichtigsten Punkten erzielt werden. Dieser wird diese Verhandlungen durch Beschlüsse der deutschnationalen Fraktion und ihre, wenn auch entstellte Veröffentlichung durchkreuzt worden. Die unabwiesbare Forderung an die deutschnationalen Verhandlungsführer, in dieser Lage unzweideutige Erklärungen abzugeben über die Entschlossenheit auch der Deutschnationalen zur Fortführung der Grundlinien der bisherigen Außenpolitik ist nicht befriedigt worden.

An der Frage der Neubildung der preussischen Regierung haben die Deutschnationalen, ähnlich wie im November des vorigen Jahres, Sicherungen für eine baldige Neuwahl gefordert. Die Reichstagsfraktionen der anderen Parteien sind naturgemäß außerstande, solche Sicherungen zu bieten. Die zwischen den Fraktionen des Preussischen Landtags eingeleiteten Verhandlungen bieten keine Gewähr für eine baldige Befriedigung der deutschnationalen Wünsche. Trotzdem haben die deutschnationalen Verhandlungsführer ihre endgültige Stellungnahme von der Lösung der Preußenfrage in ihrem Sinne abhängig gemacht. Hierfür kann bei der wirtschaftlichen und politischen Lage des Reiches nicht genaugenommen werden. Welche Beendigung der Regierungskrise ist das Gebot der Stunde und die Förderung des Volkes.

Für die Deutsche Volkspartei war bei ihrer Entscheidung vor allem auch entscheidend die Erklärung

der deutschnationalen Verhandlungsführer, daß die Befragung des Außenministeriums durch Dr. Stresemann trotz Fortführung der Außenpolitik undiskutabel sei. Die Deutsche Volkspartei ist nicht bereit, den Kopf ihres Parteiführers einer anderen Partei zu opfern. Aus allen diesen Gründen muß auch die Deutsche Volkspartei zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Verhandlungen zur Bildung der großen Bürgerkoalition gescheitert sind. Sie hält damit den Gedanken an sich nicht für tot. Sie hofft, daß das große Ziel zu gegebener Zeit doch erreicht werden kann. Zurzeit bleibt nichts übrig, als der Einladung des Reichskanzlers Marz zur Bildung einer Regierung auf der bisherigen Basis zu folgen. Die Fraktion wird sich an der kleinen Koalition in dem Verantwortungsbewußtsein beteiligen, daß sie auch dieses Opfer dem Vaterlande bringen muß angesichts der verzweifelt Lage der deutschen Wirtschaft und des berechtigten Wunsches der besetzten Gebiete.

Die erste Sitzung des neuen Reichskabinetts.

Berlin, 4. Juni. (Privatdrahtnachricht.) Wie die Blätter mitteilen, traten nach der Neubestimmung des Reichstages, und der bisherigen Reichskabinetts durch den Reichspräsidenten die Mitglieder des Reichskabinetts nach gestern abend zu einer Besprechung zusammen, die der Formulierung der Regierungserklärung galt.

Die Landtagswahlen in Preußen.

Der Termin der preussischen Landtagswahlen würde normalerweise in den Februar nächsten Jahres fallen. Bei den drei bürgerlichen Koalitionsparteien sind Beratungen gepflogen worden, ob nicht ein früherer Zeitpunkt, etwa November dieses Jahres in Frage kommen könnte. Entschließungen sind aber noch nicht gefaßt.

Die Vorgehensweise des Waffenstillstandes.

RTB Berlin, 4. Juni. In den nächsten Tagen erscheint im Verlage „Deutsche Verlagsgesellschaft“ für Politik und Geschichte in Berlin eine neue Ausgabe des erstmalig im Jahre 1919 vom Reichskabinett veröffentlichten Weißbuches zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Ausland.

Das Attentat auf Prälat Dr. Seipel.

Das Urteil der Ärzte.

RTB Wien, 4. Juni. Den Vätern zufolge gewinnen die Ärzte, wozu jetzt auch der Vorstand der zweiten medizinischen Klinik, Professor Ötner, zugezogen wurde, auf Grund der gestern spät abends erfolgten Untersuchung des Bundeskanzlers den Eindruck, daß, falls keine Komplikationen eintreten, Genesung zu erhoffen sei. Doch sei die Krise noch nicht überwunden.

Der Neuen Freien Presse wird von ärztlicher Seite mitgeteilt:

Bisher konnte eine Röntgenuntersuchung der Brust nicht vorgenommen werden, weil eine derartige Untersuchung mit einem Lagewechsel verbunden wäre, dem man jetzt den Patienten wegen Gefahr einer inneren Blutung nicht unterziehen will. Das Revolverprojekt befindet sich entweder im Lungengewebe oder, was wahrscheinlicher ist, an der Klavikula des Brustkorbes entweder in dem Wirbelkörper oder in der Rippe. An eine Operation ist vorläufig nicht zu denken. Eine ernste Komplikation bildet hauptsächlich der Lufthaut, daß der Bundeskanzler seit Jahren in mäßigem Grade zuckerkrank ist. Die zweite Gefäßquelle ist eine Blutansammlung im rechten Brustfellraum.

Der Vizekanzler in Wien.

RTB Wien, 3. Juni. (Draht.) Vizekanzler Grant ist gestern nachmittag auf dem Wiener Nordbahnhof eingetroffen, wo er vom Bundesminister des Inneren erwartet wurde. Die beiden Bundesminister begaben sich sofort zum Bundeskanzleramt. Dort und unter dem Vorhang des Vizekanzlers ein Ministeramt. Nach Schluß des Ministeramts fuhr der Vizekanzler in Begleitung des Bundesministers Schmidt in das Wiener Krankenhaus, um dem Bundeskanzler auf dessen Wunsch einen Besuch abzustatten, der nur kurze Zeit dauerte. In den Abendstunden trafen Grant und Schmidt mit dem Präsidenten des Nationalrats, Alfons, und mit den Obmännern der Mehrheitsparteien zu einer Besprechung zusammen.

Sozialdemokratische Anerkennung der Tüchtigkeit Dr. Seipels.

RTB Wien, 4. Juni. (Draht.) Eine stattgefundenen Volksversammlung seines Wahlkreises erklärte der sozialdemokratische Bürgermeister Schy zu dem Attentat gegen den Bundeskanzler: Es gibt wohl niemanden in ganz Wien, der diesen Anschlag nicht sowohl von rein persönlichen wie vom staatspolitischen Standpunkte aus verurteilt und beklagt würde. Die Sozialdemokraten haben trotz aller Gegenseitigkeit stets an dem Bundeskanzler seine persönliche Selbstlosigkeit, seine Zielklarheit und seine außerordentlichen Fähigkeiten anerkannt, mit denen er seiner Partei voranleitet.

Die Zentrumsfraktion an die Christlich-Sozialen in Österreich.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat an die Gruppe der Christlich-Sozialen in Wiener Reichsrat eine Briefeinsendung aus Anlaß des Attentats auf den Bundeskanzler Dr. Seipel gerichtet. Die Rundgebung spricht dabei die Hoffnung aus, daß der hervorragende Staatsmann bald wieder die Gefesung erlange, um seine gegenständlichen Wirken für die österreichische Brudernation niedergegeben zu werden.

Amerikanische Beileidskundgebungen.

Washington, 4. Juni. Viele Diplomaten richteten, wie der Zeit. Ztg. geteilt wird, an die österreichische Gesandtschaft Beileidskundgebungen wegen des Attentats auf Dr. Seipel. Auch der Staatssekretär Hughes sandte eine Trauerkundgebung. Man glaubt in halbamtlichen Kreisen jedoch nicht, daß durch die Schandtat dieses Attentats die Aus-

sichten für die österreichische Anleihe in Mitleidenhaft gezogen sind, angesichts der fortgeschrittenen Entwicklung der wirtschaftlichen Wiederaufbauarbeiten in Österreich.

Der Organisationsausschuss an der Arbeit.

RTB Berlin, 3. Juni. Der Pariser Organisationsausschuss für die durch das Sachverständigenrat vorgesehene Ausgaben von Industrieobligationen hat gestern vormittag seine Tätigkeit aufgenommen. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus den Vertretern der Reparationskommission, dem Franzosen Dechamps und dem Italiener Bianchini. Die deutsche Regierung wird vertreten durch den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg, die deutsche Industrie durch Geheimrat Bührer. In der heutigen ersten Sitzung wurde beschlossen, den, wie bei den Eisenbahnorganisationsausschuss jetzt vorgesehenen 5 Delegierten, der ein Engländer sein soll, vorerst nicht zu ernennen. In dieser Sitzung wurden nur technische Fragen erörtert. Nach den Beratungen hat man sich dahin geeinigt, daß im Laufe dieser Woche täglich Sitzungen abgehalten werden sollen. Ein Bericht soll vorläufig nicht veröffentlicht werden.

Deutscher Reichstag.

Stürmische Szenen der Kommunisten.

Berlin, 4. Juni. Anfolge des vorgestigen Endes der gestrigen Reichstagsitzung hatte der Präsident die erste Sitzung des heutigen Tages (die zweite soll bekanntlich um 5 Uhr stattfinden) bereits auf 11 Uhr berufen.

Bei Beginn der Sitzung läßt Präsident Wallraf ein Schreiben verlesen, in dem der gestern ausgeschlossene kommunistische Abgeordnete Kemele formellen Einpruch gegen seinen Ausschluß erhebt. Kemele sucht darin nachzuweisen, daß ein sachlicher Grund für seinen Ausschluß nicht vorläge, und daß der Präsident auch die formalen Vorschriften der Geschäftsordnung verletzt habe.

Nach der Geschäftsordnung entscheidet der Reichstag über einen solchen Einpruch ohne Besprechung. Die Kommunisten beantragen namentlich die Aufhebung dieses Beschlusses. Der Reichstag erheben sich nur die 44 kommunistischen Abgeordneten, während 50 Abgeordnete zur Unterstützung erforderlich wären. In einfacher Abstimmung wird der Einpruch gegen die Kommunisten abgelehnt.

Dann mißbilligt der Abg. Schölen (Komm.) zur Geschäftsordnung. Der Präsident verzögert ihn zunächst das Wort, erteilt es ihm aber nach einem kurzen Zwischespruch.

Abg. Schölen protestiert dagegen, daß eine ganze Hundertschaft Schupo freieschwenkt im Reichstagsgebäude untergebracht sei (Beifall rechts), offenbar, um nach dem Besatz von Oldenburg Gannschau (der das Wort von dem Reutnant und den 10 Mann geprägt hat. D. Red.), die Opposition aus dem Reichstags zu verjagen. Mit der Schupo sei ein ganzes Heer von Spähern in den Reichstag eingezogen, darunter viele Gegenposten (Stürmische minutenlanges Geschrei erfolgt von der Mehrheit, während viele Abgeordnete der Rechten mit dem Finger auf den Redner wiesen). Der Reichstag, dieses Schenkenparlament, wird durch die polizeiliche Behandlung noch weiter geschädigt. (Beifall bei den Kommunisten, Geschrei rechts.)

Nachdem der Abg. Schölen wegen des Ausbruchs Schandparlament nach einem Ordnungsruf erhalten hat, kann in die Tagesordnung eingetreten werden, auf der als einziger Punkt die Fortsetzung der gestern unterbrochenen Beratung der Haftentlassungsanträge steht.

Erster Redner ist der Abg. Roenen (Komm.), der seine am Dienstag durch den Zwischenfall unterbrochene Rede fortsetzen kann.

Er wendet sich zunächst gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer Ablehnung des Einpruchs von Kemele. Die Sozialdemokraten hätten damit ihre Anfechtbarkeit gegen den Unterpräsidenten bewiesen. Der Präsident mahnt den Redner, zur Sache zu kommen. In seinen weiteren Ausführungen beschuldigt der kommunistische Redner die Sozialdemokraten der besonders eifrigen Beteiligung an der kommunistischen Hege.

Es erübrigt sich, die weiteren Ausführungen des Kommunisten anzuführen, da er sich nämlich einmal gegen die Deutschnationalen und Sozialisten, das andere Mal wieder gegen die Sozialdemokraten wendet. Er wird im weiteren Verlaufe seiner Rede bes öfteren durch Zwischenrufe und Widerspruch von den einzelnen Parteien unterbrochen. Er schließt mit dem Satz: Wir lehnen den individuellen Terror ab und rufen das Proletariat zu Massenaktionen auf.

Thälmann (K.) teilt mit, daß die Kommunisten in der Stadtversammlung in Hienburg jetzt die Mehrheit hätten und bereits einen Antrag gestellt haben, die Stadt umzuwandeln in Leningrad. Das sei ein revolutionärer Ton.

Abg. Dr. Kahl (DVP.) übt scharfe Kritik an der kommunistischen Brand- und revolutionären Rede und begegnet tosendem Widerspruch der Kommunisten. Wer diese Rede gehört hat, muß für die Ausschankträge stimmen. Das öffentliche Programm, das hier entwickelt worden ist, ist schon mehr kommunistisch (Heiterkeit).

Abg. Dittmann (Soz.) teilt mit, daß seine Fraktion trotz der kommunistischen Rede für die Freilassung der kommunistischen Abgeordneten stimmen werde. Die Anliegen des letzten kommunistischen Redners gegen die Sozialdemokratie seien erledigt. (Tosender Lärm bei den Kommunisten.)

Damit schließt die Aussprache. Es folgen persönliche Bemerkungen, bei denen es wiederum zu stürmischen Szenen kommt, wobei Kommunisten und Nationalsozialisten einander anfeinden.

Der Reichstag beschließt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die Freilassung der kommunistischen Abgeordneten Pfeiser und Lindau abzulehnen, ebenso die Freilassung des Abg. Schlicht, dessen Fall aber weiter geprüft werden soll. Damit schließt um 4 Uhr die erste Sitzung. Der Präsident beruft zu 5 Uhr eine neue Sitzung ein.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

20. Verbandstag des Verbandes westfälischer Baugenossenschaften (Sitz Mönster i. W.).

In der zweiten Hälfte v. M. hielt der Verband westfälischer Baugenossenschaften im großen Rathsaal zu Münster i. W. seinen 20. Verbandstag ab, zu dem sich aus allen Teilen der Provinz die Vertreter der gemeinsamen Bautätigkeit, sowie eine Anzahl Ehrenmitglieder eingefunden hatten. Gegen 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Geheimrat Regierungsrat Dr. Hoffmann, die Tagung mit einer Begrüßung der Ehrengäste, sowie insbesondere der Ehrengäste und wies kurz auf die Bedeutung der Verhandlungen für die organisierte gemeinsame Bautätigkeit in der Provinz hin. Obwohl gerade unter den gemeinsamen Bauvereinen eine große Bautätigkeit herrsche, so sei es doch noch vor außerordentlich schwierig, eine Neubautätigkeit zu finanzieren. Neben den in Form von geringverzinslichen Hypotheken bereitgestellten Geldern aus der Hauszinssteuer bliebe noch ein großer Teil der Bautätigkeit ungedeckt, der vor allen Dingen durch Selbsthilfe der Baugenossenschaften und ihrer Mitglieder (Eigenkapital und Mitarbeit beim Bau) ausgeglichen werden müsse. Jedemfalls würde aber auch in diesem Jahre der Schwerpunkt des Bauens bei den Baugenossenschaften liegen müssen, da der private Unternehmer kaum in der Lage sei, unter den obwaltenden Verhältnissen rentable Bauten herzustellen. Diese Tatsache machte es notwendig, daß die Baureine sich der ihnen obliegenden Aufgabe mit Energie annähmen, vorher müßte sie aber bedürftig Sorge tragen, ihre infolge der Geldentwertung sehr dornigen liegenden geldlichen Verhältnisse wieder in Ordnung zu bringen. Zu diesem Zwecke sei auch bei dieser Tagung das Schwerste getan, die Befriedigung der internen Bedürfnisse der Baugenossenschaften gelegt worden, insbesondere sollten die Fragen der Aufwertung und der Aufstellung der Goldbilanzen eine gründliche Erörterung erfahren. — Direktor Vormbrod berichtete alsdann zunächst über die

Tätigkeit und den Stand des Verbandes.

Wie bei allen gemeinsamen Organisationen war es auch bei dem Verbande schwer, diesen während der Inflationszeit einigermaßen lebensfähig zu erhalten. Trotzdem habe sich der Verband Mühe gegeben, den an ihn heranretenden Anforderungen seiner Mitglieder nach Möglichkeit gerecht zu werden. Der Verband umfasse 3.246 gemeinsame Baureinigungen verschiedener Rechtsformen, ein größerer Zuwachs von neugegründeten Vereinen bleibe zu erwarten. Neugründungen seien im Allgemeinen und vom Standpunkte des Verbandes aus, der eine möglichst weitgehende Zusammenfassung der Kräfte anstrebt, nicht immer als einwandfrei zu bezeichnen. Vor der Gründung neuer Baureinigungen sollte in jedem Falle zunächst die Bedürfnisfrage genau geprüft werden. Die Finanzierung der Bautätigkeit sei nach wie vor sehr schwierig. Die früher der gemeinsamen Bautätigkeit zur Verfügung stehenden Geldquellen, namentlich die Landesversicherungsanstalt, seien heute nicht mehr in der Lage, Geldmittel für den Wohnungsbau bereitzustellen. Goldhypotheken auf dem freien Geldmarkt seien 3. bis unter großenteils ungünstigen Bedingungen zu erhalten. Trotz vieler Bemühungen wären bisher auch noch keine Auslastungsstellen zu beschaffen gewesen. Die Baureine seien daher insbesondere bei der Aufbringung des nicht durch die Hauszinssteuer gedeckten Teiles der Bautätigkeit auf die Eigenmittel ihrer Mitglieder angewiesen. Hier müsse insbesondere von den Baureinen der Hebel angegriffen werden, um alle irgendwie flüssigen Geldmittel der Genossen zu gemeinsamen Zwecken zu sammeln und für ihre Aufgabe nutzbar zu machen. Dieses Zweckes solle auch vor allen Dingen seitens des Verbandes in Verbindung mit der auf eine andere Basis gestellten westfälischen Bauvereinsbank (Zentralstelle der westfälischen gemeinsamen Baureinigungen, Sparbank für Heim und Schule) gefördert werden, damit der Erfolg ein möglichst großer sein könne. Ueber den Stand und die bisherigen Erfolge der westfälischen gemeinsamen Baureinebewegung nannte der Referent einige interessante Zahlen. Danach haben rd. 200 Baureine, von denen sich der Verband die Zahlen beschaffen konnte, eine Mitgliederzahl von 44.965, einen Bestand an Häusern von 7143 mit 17.261 Wohnungen (davon sind 10.923 Mietwohnungen und 6.338 Eigenheime). In der Nachkriegszeit haben die westfälischen Baureine eine 2652 Häuser mit 3438 Wohnungen (1841 Mietwohnungen und 2097 Eigenheime) hergestellt. Eine Anzahl interner Fragen der Verbandstätigkeit, so vor allen Dingen das Wiedererschließen des westfälischen Wohnungsbau, die Steuerbefreiung der Baureine auf Grund ihres gemeinnützigen Charakters, Feuer- und Haftpflichtversicherungsfragen, Einrichtung einer Zweiggeschäftsstelle des Verbandes für das Ruhrgebiet in Dortmund u. a. m. wurden noch kurz erwähnt und zum Schluß vom Referenten noch Mitteilungen über die Verhandlungen gemacht, die dahin abzielten, die gesamte Organisation der gemeinsamen Bautätigkeit im ganzen Reich fester zusammenzufassen, damit eine größere Stützpunkt erreicht werden könne. — Verbandsvorsitzender Hoffmann erläuterte daraufhin den Bericht über das Gesamtresultat der Revisionen und die Lage der Baureine und konnte dabei feststellen, daß in den Baureinen allgemein ein guter Geist und große Arbeitsfreudigkeit herrsche. — Den Mittelpunkt der Tagung bildete der Vortrag des Justizrats Dr. Rau-Charlottenburg über

Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Leitsätzen: 1. Die Baugenossenschaft ist die wichtigste und in Goldmarkt umzustellen; 2. über die Schuldverhältnisse per 31. 12. 1923, die Goldbilanz, die Umstellung ist möglichst in einer Generalversammlung Beschluß zu fassen; dagegen getrennt über die Bildung von neuen Goldbilanzanteilen in einer besonderen Generalversammlung, wenn dies im Interesse des Kredits der Baugenossenschaft für nötig erscheint; 3. Häuser sind mit 10 oder 15 Prozent des Friedenswertes in der Goldbilanz zu bewerten; 4. unter die Passiva sind die Hypotheken, deren Aufwertung bis zur Beschlußfassung über die Goldbilanz noch nicht geregelt ist, vorrangig voll anzuzurechnen; 5. es ist daran festzuhalten, daß die Baugenossenschaften sich aber zur Aufwertung entschließen, ist eine längere Kündigungsfrist mit den Aufwertungsgläubigern zu vereinbaren bzw. bei den Aufwertungsfällen zu beantragen; ferner sind sie in der Goldbilanz bis zur Regelung der Aufwertung mit 15 Prozent anzusetzen; 6. in der Goldbilanz sind die künftigen nach der 3. Steuerreformordnung möglichen Steuerzuschüsse als Passiva aufzunehmen; 7. es sind nicht allein die Baugenossenschaften, sondern auch freie Rücklagen für die Aufwertung der Goldbilanzanteile zu bilden; 8. mit Baugenossenschaften vorsichtig sein, wenn sich die Baugenossenschaften aber zu einer erheblichen Aufwertung entschließen, ist die Kündigungsfrist für das Aus-schneiden aus der Baugenossenschaft nach § 65 des Gen.-Ges. auf 2 Jahre festzusetzen; 9. die Auswertungs-fälle der Häuser sind festzusetzen und für diese eine eigene Reserve zu bilden, falls sie nicht bei der Aufwertung der Häuser in Anspruch gebracht sind. — Die sich in der Aussprache zu dem Vortrag ergebenden Sonderfragen beantwortete der Referent, soweit es die bisher vorliegenden Bestimmungen zuließen, in ausführlicher Weise. — Ueber den

Neuaufbau der Westf. Bauvereinsbank

sprach alsdann noch Direktor Vormbrod. Er machte Mitteilung über die Beschlässe der am vorhergehenden Tage stattgehabten Generalversammlung, die der nach wie vor auf gemeinschaftlicher Grundlage (anstatt wie zunächst beabsichtigt, Umwandlung in Aktiengesellschaft) arbeitenden Bank, die insbesondere die Erweiterung des Geschäftsbetriebes auf alle am Siedlungsstellen interessierten Stellen (Bauvereine, Siedlungs-, Kleingartenbau-Vereine, etc.) umfasse, der Provinz (Westfalen) betrafen. Die Bank soll als zentrale Sammelstelle aller Spargelder dienen, die zum Zwecke des Erwerbes eines Eigenheims, einer Dauermietwohnung oder einer eigenen Scholle zur Bebauung oder Kleingartenanlage gesammelt werden. Der erweiterte Geschäftsbetrieb der Bank kommt in dem neubeschlossenen, oben bereits erwähnten Namen zum Ausdruck. — Nachdem von der Verammlung noch eine Reihe gesellschaftlicher Angelegenheiten erledigt worden war, u. a. wurde eine Erlassung zum Verbandsausfluß genehmigt, ferner der Vorsitzende die anregend verlaufene Tagung mit einem kurzen Schlußwort.

Olpe, 5. Juni. Die Nachschiffe, welche wir in dieser Gegend gewohnt sind, haben sich auch jetzt trotz der warmen Tage eingestellt. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch hatte die Temperatur sich sehr stark abgekühlt. Heute wurden wieder in zahlreichen Gärten festgestellt, daß die Bienenstöcke erkranken waren.

Olpe, 5. Juni. (Hagener Schauspielhaus.) Heute ist der erste „Tag“ im Ring des Abendballets „Die Wälfur“. Die blühende künstlerische Kraft und die vollkommene musikalische Nachempfindung haben sich in der „Wälfur“ zusammen getan, um ein klassisches Meisterwerk musikalischen Stils zu treffen. Es sei darauf hingewiesen, daß nach Karten an der Theaterkasse auch für Nichtmitglieder der freien Volksbühne zu haben sind.

Olpe, 4. Juni. Die Jagd im Juni. Am großen und ganzen ist der Monat Juni ein Jagemonat. Nur die Jagd auf den Rebhuhn ist jetzt überall frei, doch wird man von dieser Freiheit nach dem folgenden schweren Winter nur bedingten Gebrauch machen. Auch auf Säuen darf gejagt werden, doch sind frühzeitig fahrende Säue zu schonen. Das Edel- und Damwild steht noch dem Jäger offen im Gebirge. Einzelne Hirsche beginnen Ende des Monats zu jagen. Die Geheulen können uns verleiten, ob es sich um jagdbare Hirsche oder um gute Schaulager handelt. Säuen und Salzkühen werden von den Tieren gern angenommen. Der Dachs hat Junge und treibt sich das Nachts in Feld und Flur umher, um nach Karren und Eingängen zu suchen, raubt im Vorübergehen auch einmal ein Vögellein aus, doch bringt er im ganzen mehr Nutzen als Schaden. Rebhühner und Schnepfen haben Junge, jedoch Jägalen. In gebirgigen Gegenden sind die Geheulen besonders vor schlechtem Wetter zu schonen, denn ein heftiger Hagelregen in solcher Zeit tödtet vielen jungen Jägalen das Leben. Enten und Gänse führen ihre Jungen aus. In größeren Robben sind frühzeitig Schmeilen für die Jagd zu schonen. Dieses frühzeitige Schmeilen für die Jagd zu schonen hat den Vorteil, daß sich die Enten an die Schmeilen gewöhnen und sie vertragen bei der Jagd überhandnehmen, während sie sonst, wie der „St. Hubertus“, kultivierte Jagdbirden Gänse-Anhalt bedrückt, solche tauchend unter Wasser nehmen. Raubvögel haben Junge im Fort und können leicht anlocken, wenn man sie nicht schonen will, furchtlos werden. Karpfen, Barben, Blei, Gründling, Stör, Stiel und Raichl sind. Das Mäandern des Fischreizes häutet sich, das Weibchen hat Junge. Da die Fische jetzt ihre Nahrung vorzugsweise in der Nähe der Ufer suchen, so ist die Angel recht lobnend. Auf Schlei, Blei und Aale angelt man mit Regenwürmern, auf Barben mit Käse, auf Hechte mit Fischen.

Altendorn, 4. Juni. Die neugewählte Gemeindevorstellung der Pfarrei Altendorn trat am Montag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Sämtliche Mitglieder waren erschienen. Es wurde zunächst über die gegen die Wahl erhobenen Einsprüche verhandelt. Diefen wurden als nicht stichhaltig zurückgewiesen und die Wahl für gültig erklärt. Darauf führte Amtmann Beder die Neugewählten durch eine Ansprache in ihr Amt ein und verpflichtete sie durch Handschlag, Abwandlung schriftlich dem Gemeindevorsteher.

solcher wurde Herr Ferdinand Hüfemann aus Windhausen gewählt. Die endgültige Wahl des Stellvertreters wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt, da für Hegen die Bestellung eines Ortsvorstehers in Aussicht genommen ist und dieses Amt, wenn möglich, mit dem des Vorsteher-Stellvertreters verbunden werden soll. Es erfolgte alsdann noch die Neubildung der verschiedenen Kommissionen. Die Sitzungen sollen in Zukunft wieder in Altendorn abgehalten werden. Am den Gemeindevorstellungen die Möglichkeit zu geben, den Sitzungen beizuwohnen, wird die Tagesordnung in Zukunft vor jeder Sitzung durch die Angelegenheiten bekannt gegeben.

Heiden, 4. Juni. In der gestern stattgefundenen ersten Sitzung der neuen Gemeindevorstellung wurde Gemeindevorsteher Schnepfer aus Meddinghausen einstimmig wiedergewählt. Die Wahl des Vorsteher-Stellvertreters fiel auf Gutsbecker Heide, Hohen-Meddinghausen, welcher auch bisher Stellvertreter war.

Provinzielles

Derfchlag, 3. Juni. Vergangene Nacht um 11.45 Uhr brach in dem linken Flügel des Teufelsberges der 3. Wälfur-Schönheit, daß auf der linken Seite der Straße zwischen Derfchlag und Bergneubach liegt, auf bisher noch unaufgeklärte Art und Weise Feuer aus. Troßdem die Fabrikfeuerwehr sehr schnell zur Stelle war und gleich nach dem Feuer, das in dem Jachwerd des Gebäudes, dem trockenen Holzbock und in dem Massen der darunter lagernden Fertig-Wollwaren nur allzu willkommene Nahrung fand, rasend schnell um sich. Bald brannte das ganze, 50 Meter lange, mehrstöckige Gebäude lichterloh und bildete ein lichterloh, ungeheures Feuermeer, dessen Himmelsentwicklung umfangreiche Rettungsarbeiten unmöglich machte. Die gesamten Lagerbestände fielen den Flammen zum Opfer, lediglich einige Bücher und Möbel aus dem Kontor konnten in Sicherheit gebracht werden. Mittlerweile waren auch alle Feuerwehren der Nachbarschaft mit ihren Geräten erschienen: Bergneubach, Derfchlag, Klein-Wieden und Dümmlinghausen. Glänzend beherrschte sich die Motorspritze des Alexanderwerkes in Derfchlag, gegen deren gewaltige Strahlen die übrigen Spritzen sehr abfielen. Wäre ein solches Gerät am Anfang zur Stelle gewesen, so hätte der Brand höchstwahrscheinlich im Keime erstickt werden können.

Gefährlich war auch das Uebergreifen der ungeheuren Flammen auf die benachbarten Häuser. Die Häuser des Regiers Kehler wie des Schreiners Schöler wurden durch Feuer und Wasser beschädigt; ihre Vernichtung konnte glücklicherweise verhindert werden.

Unter sehr schwerer, aufopfernder Arbeit gelang es gegen 3.30 Uhr heute morgen, die Hauptgefahr zu beseitigen und den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Das Lager ist vollständig niedergelegt und vernichtet. Der Schaden ist ungeheuer, zur Zeit noch garnicht zu übersehen. Menschenleben fielen dem Großfeuer nicht zum Opfer.

Medbach, 4. Juni. Beim Wildern auf freier Tat erlitten im nahen Weidell drei jungen Burschen im Alter von ungefähr 18 Jahren durch den Wartenförster und den Landjägermeister Weiler von hier. Die Beute, zwei Hasen, und die Waffe wurden ihnen abgenommen und sie darauf dem Gerichtsfeld zugewiesen. Da die jugendlichen Wilderer sämtlich von hier sind, wurden sie vorläufig auf freien Fuß gesetzt, doch wird die Sache für die Beteiligten noch ein böses gerichtliches Nachspiel haben.

Münster, 4. Juni. Den Tod auf der Rennbahn fand beim letzten Rennen des Westfälischen Reitvereins Münster-Teile auf der Rennbahn in Teile der vielerortsprechende 24jährige unfeliche Todesschmerz. „Baselle“, aus dem Stall C. Bürger, überfiel sich nach glücklicher Lauf beim letzten Hindernis und warf ihren Reiter Harongago ab. Dieser wurde bewußlos von der Bahn getragen und ist dann in der folgenden Nacht an einer schweren Schädelverletzung gestorben.

MTB Buer, 4. Juni. Die neue Stadtverordnetenversammlung wählte den Kommunisten Rentwig zum Stadtverordnetenvorsteher, den Kaufmann Weiser (Zentrum) zu seinem Stellvertreter.

MTB Remscheid, 4. Juni. In einem Teich in dem Borort Hadenbach wurden die Leichen eines 60jährigen Mannes und eines 16jährigen Mädchens gefunden. Es verstarb, daß Liebestummer beide in den Tod getrieben habe.

MTB Cöln, 4. Juni. Interessante Altertümer wurden bei Umbauarbeiten an einem Anwesen auf dem Marktplatz gemacht. In dem alten Bauwerk wurde ein römischer Leuchter gefunden. Ferner wurden 3 Steinläden gefunden, die aus der Karolingierzeit stammen sollen.

MTB Neuf, 3. Juni. Dem Eisenbahntariffdienst ist es gelungen, die umfangreichen Eisenbahn-Schneisen auf dem hiesigen Güterbahnhof. Die seit fast einem Jahre systematisch betrieben wurden, vollständig aufzuklären. Es sind 33 Personen in die Angelegenheit verwickelt, von denen 33 verhaftet wurden. Die Bande pflegte in der Weise zu arbeiten, daß am Tage vorher der Inhalt der Güterwagen festgestellt und die Nacharbeit vorbereitet wurde. Für die gestohlenen Güter wurden Abnehmer in Düsseldorf gefunden.

20 Sauerländisches Gebirgsfest in Soest

am 31. Mai und 1. Juni.

Unser Nachbarstadt war es in diesem Jahre vergönnt, die Teilnehmer am 20. Gebirgsfest in seinen freundlichen Mauern zu beherbergen. Circa 1000 Fremde waren bereits angelangt, und die Feststellung hatte Mühe, die notwendigen Quartiere zu beschaffen. Der Wettergott kam der Feststellung zu Hilfe und ließ keine Sonne, etwas reichlich allerdings, über Soest niederfallen. Die Festfeier begann mit der Jahresversammlung, die im altgermännischen Saale des Rathhauses um 3 Uhr nachm. vom stellv. Hauptvorsitzenden, Lehrer Kracht,

Katernberg, eröffnet wurde. Vorher fand noch, was wir im Interesse unserer Abteilung nicht unerwähnt lassen möchten, eine kurze Tagung des Bezirks „Haar“ statt. Auf dieser Tagung wurde der Bericht des Bezirks, die Orte Soest, Lipptadt und Anröchte vom Bezirk Haar abzuzweigen und aus den Abteilungen Soest, Lipptadt, Anröchte, Beled-Allagen, Rühren, Warstein und Hirschberg einen neuen Bezirk zu bilden. Die Vorarbeiten für die Neugründung übernahm die Abteilung Soest. — Lehrer Kracht richtete herzliche Willkommengrüße an die zahlreich erschienenen und begrüßte insbesondere die Vertreter der Stadt und des Landkreises Soest. Unter den Ehrengästen befanden sich u. a. der Landrat des Kreises Jericho, der frühere langjährige Hauptvorsitzende, Bürgermeister a. D. Löte-Harnberg, der Ehrenvorsitzende Stadtrat Berthel-Hagen und Karl Wogenfeld-Münster. Die Verdienste des früheren Hauptvorsitzenden Berthel-Hagen wurden ganz besonders gewürdigt. Als Anerkennung für seine dem S. G. B. geleisteten Dienste wurde Herrn Berthel ein Deismäde, die Burg Alena darstellend, überreicht. Als Hauptgast für Berthel wurde einstimmig Bürgermeister Dr. Schneider-Arnberg gewählt. Der Sitz des Hauptvorsitzenden wird somit wieder nach Arnberg verlegt, wo er bis 1919 gewesen ist. Den Jahresbericht erläuterte in ausführlicher Weise der Gebirgsführer Schulz-Herthel. Der S. G. B. zählt rund 36.000 Mitglieder und steht in der Reihe der Gebirgsvereine an zweiter Stelle. Er umfaßt 230 Abteilungen, die in 18 Bezirke zusammengefaßt sind, von denen der Bezirk Haar der zweitgrößte ist und eine ganz besonders tüchtige Tätigkeit entfaltet. Den Bericht des Gebirgsführers erläuterte Kaufmann Ewald-Hagen, der trotz eines im Kriege sehr zugezogenen Lebens nach wie vor einen großen Teil der Begeirung in der Hand hat. Den Bericht über den Stand der Jugendberge erläuterte Fabrikant Münster-Hilgenbach, der es in meisterhafter Weise verstand, die Teilnehmer für das Wandern und insbesondere für das Jugendwandern begeistern. Den Bericht über die Jahresrechnung wurde dem Gebirgsführer geschickt. Der an den Hauptverein abzuführende Beitrag für 1925 für jedes Mitglied wurde auf 1.50 Mark festgelegt. Bei diesem Beitrag ist es möglich, den Gebirgsvereinen monatlich erscheinen zu lassen und ihn auch reichhaltiger auszugestatten, was im Interesse des S. G. B. dringend notwendig ist. Der Beitrag für körperlich tätige Mitglieder beträgt 1 Pfg. für je 10 Mitglieder und ist nur an den Hauptvereine zu entrichten. Um das Wandern kleiner im Weltreise gefallenen Mitglieder zu fördern, beschloß der S. G. B., auf dem Kohlberg des Dahle (Kr. Alena) eine große Jugendherberge zu bauen. Für diesen Zweck hat der Hauptvorstand bereits 15.000 Mark aus laufenden Einnahmen zur Verfügung gestellt. Wir werden diesem Punkte später noch ein besonderes Kapitel widmen. Der von Lehrer Kochstämper-Herthel übernommene Vortrag „Jugendbewegung und Jung-S. G. B.“ mußte wegen der vorgeordneten Stunde leider zurückgestellt werden. Am Interesse vieler Mitglieder, die den richtigen Verstandnis für diese Sache leider noch nicht, war es sehr zu bedauern, daß der Vortrag auch später nicht gehalten wurde. Von den ausstehenden Mitgliedern des Hauptvorstandes, Dr. Schauer-Rietberg, Münster-Hilgenbach und Dr. Hauermann-Arnberg, wurden die beiden Erklärungen wiedergewählt, während für Dr. Hauermann, der eine Wiedewahl ablehnte, Senflus Kracht in den Hauptvorstand gewählt. Das nächste jährige Gebirgsfest soll in Arnberg stattfinden. Mit einem herzlichen Gruß auf schloß Berthel Kracht die Verammlung. Die Teilnehmer waren angelehnt der Gemüthsruhe, die im Saale herrschte, trotz des freien zu kommen. Mancher suchte zur Orientierung sein Quartier auf, um sich in später Nachtstunden in den vielen Gassen und Höfen von Soest zurechtfinden zu können. Andere suchten den einsamen Garten von Topp auf, um sich von den Anstrengungen der Hauptversammlung bei einem tüchtigen Trunk zu erholen. Wieder andere pilgerten zum Schützenhof hinaus, um sich ein Plätzchen für den um 8 Uhr beginnenden Unterhaltungsabend zu sichern. Hierüber sowie über den Festverkauf am Sonntag ein andermal. Frisch auf!

Landwirtschaftliches.

Mellorations- und andere Kredite für die Landwirtschaft

Wie das Berlin. Tagebl. hört, hat die Rentenbank einen Kredit von 30 Millionen Rentenmark für Mellorations- und Kultivierungen der Landwirtschaft zugestimmt unter der Bedingung, daß der Reichsarbeitsminister mindestens den gleichen Betrag für diese Zwecke hergibt. Das Reich soll für diese Kredite als Treuhänder wirken. Bisher hat die Rentenbank tatsächlich 3 Millionen Mark für diese Zwecke vorausgibt, und zwar für solche Fälle, wo die Kreditgewährung einen schnellen Ertrag verspricht. Anschließend läßt man sich von der Erzeugung leiten, daß die langfristige Forderung von Rentenmarken nach Möglichkeit zu vermeiden ist, vielmehr in erster Linie diejenige Nachfrage nach Kredit befriedigt werden soll, die die schnellste Verzinsung verspricht. Da das Reichsarbeitsministerium keine Zulage bisher nicht gegeben hat, so ist die Kreditgewährung auf dieser Grundlage zunächst etwas im Stoden geraten, weil die Rentenbank nur Zug um Zug mit dem Reichsarbeitsministerium vorgehen will. Die Rentenbank dürfte die für diese Zwecke erforderlichen Kreditbeträge aus eigenen Mitteln, d. h. aus dem Bestand der Rentenbankaktiva bzw. der Diskontogewinne und nicht etwa aus den noch freien Kreditfazilitäten von 300 Millionen Rentenmark nehmen. Ueberhaupt handelt es sich in diesem Falle um den ersten unmittelbaren Kredit der Rentenbank, d. h. um einen Rentenbankkredit, der ohne das Zutreten der Reichsregierung abgeteilt wird. — Auf Veranlassung der Reichsregierung hat die Rentenbank zur Deckung der Aufwärtungsbedürfnisse einen Kredit von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die Bewilligung dieses Kredites erfolgt auf Anweisung des Reichsarbeitsministers. Einzelne Beiträge sind umgehend an den Reichsarbeitsminister zu richten. Am Antrag muß angegeben werden, wie stark die Ausnutzung in den

Betreffenden Bezirken eingetreten ist und welcher Betrag zur Behebung dieser Schäden erforderlich sein dürfte.

Vermischtes.

Operation in einem brennenden Krankenhaus.

Im St. Mary-Hospital zu Brooklyn brach dieser Tage Feuer aus. Inmitten Rauch und Flammen, die nur 20 Meter vom Operationsaal entfernt waren, führten die beiden Ärzte Dr. George Owens und Dr. John D. Linn unter Mithilfe zweier Schwestern eine begonnene Operation zu Ende. Zwei Schlauchleitungen wurden so gelegt, daß die Flammen sich dem Operationsaal nicht nähern konnten. Die Operation wurde glücklich zu Ende geführt. Dann mußten die Ärzte in das unter dem Dach gelegene Entbindungszimmer flüchten, wo ebenfalls die Feuerwehre mit mehreren Wasserstrahlröhren den Eintritt der Flammen verwehrte. Währenddessen waren Ärzte und Schwestern mit bewundernswürdigem Mut bei der Arbeit, um die Kranken, die sich nicht selber retten konnten, in Sicherheit zu bringen. So gelang es, alle Insassen ins Freie zu schaffen.

Gewalttätige Störung der Guntenstation Königswusterhausen.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde laut Boffischer Zeitung von unbekannten Tätern ein Drahtseil, das die 300 Meter langen Masten der Guntenstation Königswusterhausen verbindet, durchgeschnitten. Die Polizei ist mit den Ermittlungen beschäftigt, ob es sich nur um einen einfachen Metalldiebstahl, oder aber um einen Sabotageversuch mit politischen Gründen handelt.

Letzte Telegramme.

Der deutsch-russische Konflikt.

WTB Berlin, 4. Juni. Wie die Blätter von zuständiger Stelle erfahren, richtete die Sowjetregierung in der Angelegenheit der russischen Handelsvertretung eine neue Note an die deutsche Regierung, die durch einen Kurier überbracht wird. Sie soll sehr umfangreich sein und dieselben Forderungen enthalten wie die erste Note.

Die amerikanischen Privatansprüche an Deutschland.

(1) New York, 4. Juni. Die der amerikanischen gemischten Kommission zur Regelung der amerikanischen Ansprüche beigegebenen Amerikaner Otis und Edwards werden Samstag nach Berlin abreisen, um die Verhandlungen über die 50 Millionen Dollar amerikanischer Privatforderungen an Deutschland zu beginnen; drei andere Mitglieder werden am 7. Juli nachkommen.

Die Standard Oil Company verlangt 12 Millionen Dollar Schadenersatz für die Ausbeutung der rumänischen Völkerei zurzeit der Besetzung durch Rumänen. Das ist die bedeutendste individuelle Forderung. Die Standard Oil Company stellte schon ähnliche Ansprüche auf Schadenersatz auch bei den unter britischer Besetzung gewesenen Delfeldern.

Vor einer Explosion an den türkischen Grenzen.

WTB Konstantinopel, 4. Juni. (Draht.) Der Rat der Kommissare hielt gestern Abend eine sehr stündige Erörterung über die kritische Lage ab, die gestern zwischen der Türkei und Italien entstanden ist. Vor einigen Tagen wurde eine Zusammenziehung von italienischen Truppen in Sizilien gemeldet.

bei. Der türkische Vertreter in Rom wurde angewiesen, die italienische Regierung um Aufklärung zu ersuchen. Die Militärbehörden in Smyrna wurden angewiesen, alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.

Der Beginn des bayerischen Landtages

WTB München, 4. Juni. Bei stark besetztem Hause und überfüllten Tribünen hielt gestern Nachmittag der neu gewählte bayerische Landtag seine erste Sitzung ab. Die Plätze der Minister waren leer. Zum Präsidenten wurde der Präsident des früheren Landtages, Abgeordneter Königsbauer mit 95 von 125 Stimmen wiedergewählt. Königsbauer übernahm das Präsidium und erklärte, daß er Kundgebungen im Hause unter allen Umständen unterbrücken werde. Als der Präsident in der Ansprache auf die Kriegsschuldfrage zu sprechen kam, wurde er wiederholt von den Kommunisten durch Zurufe unterbrochen. Besonders begrüßte der Präsident die Abgeordneten der Pfalz, die treubürgerlich und treudeutsch bleiben wollten.

Kirchliches.

Diözesan-Nachrichten. Ernann wurde zum Förderer des Bonifatiusvereins im Dekanat Ansbach: Pfarrer Bader in Altmühl. Zu Bezirkspräsident des Bonifatiusvereins: Pfarrer Bittler in Geroltingen für das Dekanat Olpe und Pfarrer Eickhoff in Röhrdt für das Dekanat Vemath. Zu Bezirkspräsident der Jungfrauenkongregationen: Vikar Winkels in Olpe für das Dekanat Olpe und Vikar Heer in Delbrück für das Dekanat Delbrück. Zum Bezirkspräsident der Junglingskongregationen im Dekanat Hattungen: Vikar Dr. Blant in Hattungen.

Wirtschaftliches.

Konkurse im Mai 1924.

Die deutsche Kreditkrise wirkt sich immer deutlicher in den Zahlungseinstellungen aus, so auch in der Statistik der Konkurse. Im Mai sind — nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitung Die Bank — 304 Konkurse eröffnet worden, gegen erst 135 im April, nur 62 im März, 42 im Februar und 23 im Januar. Daneben ist die noch ungleich größere Anzahl der „Geschäftsaufkäufer“ zu berücksichtigen, für die leider noch immer keine Statistik besteht.

Ausfallen der Berliner Dividentur an Samstagen.

Berlin, 4. Juni. Der Börsenvorstand hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, von jetzt an bis auf weiteres an den Samstagen die Festlegung von Kursen für Dividen und ausländischen Banknoten nicht mehr vornehmen zu lassen. Wahrscheinlich für diesen Beschluß dürfte die Rückkehr regelmäßiger Verhältnisse am Devisenmarkt sein. Damit sind die Bedenken hinfällig geworden, die seither als schon einmal vorübergehend die Preisfestlegungen eingestellt worden waren, ihre Wiederaufnahme als notwendig erscheinen ließen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtabteilung Dr. phil. Albert Band in Olpe; für die Berliner Redaktion: J. B. Kraus, Berlin-Schöneberg; für den Restanten: u. Angelegenheiten: Ed. Ruegenberg, Olpe.

Billige Lebensmittel!

Erbsen Pfd. 14 u 19 Pfg	Walnut Pfd. 58 Pfg
Bohnen „ 13 u 20 „	Rinderfett prima „ 54 „
Gruppen Pfd. 13 „	Speck geräuchert „ 77 „
Reis (Vollreis) „ 18 „	Weizenmehl Pfd 13-18 „
Häferfladen „ 17 „	Buchweizenmehl Pfd. 13 „
Zucker „ 44 „	

Alle anderen Lebensmittel zu den billigsten Preisen

Franz Gummersbach :: Olpe.
Martinsstraße 51. [H1916]

Schürmann & Rickert

Attendorf

Kohlenhandels-Gesellschaft
Fernsprecher, 3, 15, 89.

Übernimmt die Lieferung aller Arten Kohlen, Koks u. Briketts für Industrie u. Handel, Düngemittel für die Landwirtschaft. [H1902]

Die beste Pflege

der Kopfhaut und der Haare bilden regelmäßige, einmal wöchentlich wiederholte Kopfwaschungen mit dem altbekannten, millionenfach bewährten Schaumpom mit dem schwarzen Kopf. Die Kopfhaut wird bei Gebrauch dieses Mittels von Staub, Fett und allen sonstigen Absonderungen befreit, das Haar erhält Glanz und Fülle und läßt sich leicht frisieren. Schaumpom ist mild, entwickelt prächtigen Schaum und kann ohne Bedenken ausgiebig angewandt werden. Man achte stets auf die nebenstehende Schutzmarke „Schwarzer Kopf“, denn diese allein verbürgt das echte Fabrikat von bekannter Güte.



Haben

Sie etwas zu färben oder zu reinigen, dann bringen Sie selbigen zu **Schreiber Clemens**, Olpe, Martinsstraße 18.

Grahambrot

für Magen- und Zuckerkrankheiten empfiehlt [H1894] Edmund Zeppendorf, Olpe, Dampfbäckerei.

Für Schulentfessene **Hütefungen u. Arbeitsbüchsen** suchen wir jedergelt geeignete Arbeitsstellen. Rath. Männer-Fürsorgeverein, Dortmund, Wälfenstr. 11a. Anträgen ist für Auslagen 1,- G.M. beizufügen.

Herde

gut erhalten außerh. billig zu verkaufen. Karl Trudt, Olpe.

Silber-Schlachthof Olpe. Am Donnerstag, dem 5. Juni, nachm. 4 Uhr, Verkauf von prima **Rindfleisch**. Pfund 50 Pfennig. Der Schlachthofvorsteher

Man nehme

aus Wasche nie Seife allein, das Waschen würde zu teuer sein. Man nehme **Henko** als Zusatzmittel — die Kosten verringern sich um ein Drittel!

Henko

als Zusatzmittel — die Kosten verringern sich um ein Drittel!

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Weizenmehl, Roggenmehl, Weizenkleie, Weizenbrotmehl, Gerste, Reis und Maismehl zu äußerst billigem Preise vorrätig. [H1901] Joseph Bender, Gerlingen.

Schauspielhaus

Sagen.

Spielplan.

Donnerstag, 5. Juni, „Die Wälfen“, 7 Uhr.
Samstag, 7. Juni, „Madame Butterfly“, 7½ Uhr.
Pfingst-Sonntag, 8. Juni, „Der tapfere Soldat“, 7½ Uhr.
Pfingst-Montag, 9. Juni, „Der tapfere Soldat“, 7½ Uhr.

1-Zimmer-Wohnung

gegen hohe Miete gesucht. Von wem, sagt b. Ges. d. B. [H1903]

Wirtschafts-Verding.

Halberbracht bei Weggen.

Die Wirtschaft zum diesjährigen [H1900] **Gefang- u. Schützenfest** (am 29. u. 30. Juni) wird am 9. Juni (Pfingstmontag) nachm. 4 Uhr in der Wirtschaft **Stinn, Halberbracht**, öffentlich meistbietend verpachtet. Bedingungen im Termin! Pacht-lustige laden ein **der Vorstand.**

Motorrad,

2½ PS, weit unter Tagespreis zu verkaufen. [H1904] W. sagt die Geschäftsstelle d. B. B.

Mädchen

Lehr- u. Hausarbeit erfahrenes [H1883]

Mädchen

zum 15. Juni gesucht **Friedr. Süßig, Krenberg i. Westf.**

Füllhalter

mit garantiert

14-kar. Goldfeder in saarborster Ausführung. Nur erste Marken! Große Auswahl! Staanend billige Preise!

Ruegenberg'sche Buchhandlung, Olpe — Bahnhofstraße

mit garantiert

14-kar. Goldfeder in saarborster Ausführung. Nur erste Marken! Große Auswahl! Staanend billige Preise!

Ruegenberg'sche Buchhandlung, Olpe — Bahnhofstraße

mit garantiert

14-kar. Goldfeder in saarborster Ausführung. Nur erste Marken! Große Auswahl! Staanend billige Preise!

Ruegenberg'sche Buchhandlung, Olpe — Bahnhofstraße

mit garantiert

14-kar. Goldfeder in saarborster Ausführung. Nur erste Marken! Große Auswahl! Staanend billige Preise!

Ruegenberg'sche Buchhandlung, Olpe — Bahnhofstraße

Am Samstag, dem 7. Juni

bleiben unsere Geschäftsräume

geschlossen.

Reichsbanknebenstelle Olpe
Deutsche Bank Zweigstelle Olpe
Städtische Sparkasse Olpe

Gottesdienst-Ordnung.

Freitag, 6. Juni.

Pfarrkirche in Olpe.

5½ Uhr Aussetzung und Hochamt.

7 Uhr Hochamt.

7½ Uhr Hochamt mit Segen.

8 Uhr abends Herz-Jesu-Anacht.

Drucksachen

Für den gesamten Geschäftsbedarf liefert gut und preiswert an **Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg :: Olpe** Frankfurterstraße 18.

Brave, opferfertige Jünglinge jeden Berufs im Alter von 14—30 Jahren, die Religion zum religiösen Stande haben und als **Patronenbrüder** am Werke der Glaubensverbreitung in unseren europäischen Niederlassungen oder in den überseeischen Missionsfeldern mitzubereiten bereit sind, mögen sich wegen Aufnahme vertrauensvoll wenden an den Hochw. Herrn P. Provincial der Ballottiner, Bismarck (Lahn).

Fichtenstangen!

Ephestienstängel, 125 x 5/8 cm Ø bauernb. gegen Kassa zu kaufen gesucht. [H111]

H. u. A. Haules, Holzgeschäft, Rüppertswald u. Oberhundem i. W.

Ernst Giebel

SIEGEN

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte An- und Verkauf von Wertpapieren

Kulante Verzinsung von

Papier- und

Rentenmark-Einlagen

Errichtung laufender Rechnungen Verwaltung und Aufbewahrung von Effekten in eigenen Stahlkammern

Beratung und Auskünfte kostenlos

Telefon Nr. 1801, 1802, 1803 und 1804

Telegr.-Adr. Bergwerke

...ohne Seife

und ohne andere Zutaten erzielen Sie eine blütenweiße Wäsche mit Goldperle. Absolut sauerstofffrei, (1 kg Sauerstoff vernichtet 30 kg Wäsche) ersetzt Goldperle mit Seife 3 Waschrunden.



Goldperle mit Schnitzseife